

Medienmitteilung

Trotz Kritik an Kriegsmaterialexporten kein Ja zur Volksinitiative der GSoA

Thema	Parolen und Finanzmarktkrise
Für Rückfragen	Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	24. Oktober 2009

Die Delegierten der Grünliberalen haben heute die Parolen für die Abstimmung vom 29.11. gefasst. Einstimmig verwerfen die Grünliberalen die Minarettinitiative, welche den liberalen Grundsätzen der Grünliberalen nach Offenheit und Toleranz widerspricht und die Religionsfreiheit in der Verfassung ritzen würde. Als zweite Parole sagen die Grünliberalen Ja zur Spezialfinanzierung für Luftverkehr, obwohl gewisse Zweifel an der Zweckbindung zu Gunsten des Flugverkehrs vorhanden waren. Längerfristiges Ziel muss aus Sicht der Grünliberalen nach wie vor die internationale Besteuerung der Treibstoffe sein. Bei der Volksinitiative für ein Exportverbot von Kriegsmaterial waren die Delegierten gespalten.

Finma-Vize-Präsident Daniel Zuberbühler war zu Gast zum Thema Finanzkrise und bezeichnete die Grünliberalen als „Stimme der Vernunft“. Martin Bäumle sprach der Nationalbank ein grosses Lob aus und mahnte, nebst den Systemrisiken der Finanzindustrie auch das Risiko und die Folgekosten eines atomaren Super-GAU nicht zu vergessen.

Kaspar Schuler (Co-Geschäftsführer Greenpeace) und Tiana Moser (Nationalrätin glp) hielten zwei Eingangsreferate zur Kriegsmaterial-Initiative. Kaspar Schuler wies auf Versäumnissen in der Vergangenheit hin und Tiana Moser bezeichnete die Kriegsmaterialexporte als „Gratwanderung“. Nach einer intensiven Diskussion beschlossen die Delegierten Stimmfreigabe. Kritisiert wurden vor allem die Exporte in Länder wie Pakistan. Allerdings erwähnten Nationalrätin Tiana Moser und einige Delegierte auch, dass Rüstungsgüter nicht nur dazu dienen zu töten, sondern auch Leben zu retten und Sicherheit zu bieten.

Rüstungssektor ist auch innovativ

Zudem würde mit dem Rüstungssektor ein innovativer Wirtschaftszweig abgewürgt, der auch immer wieder Errungenschaften für die zivile Nutzung bringt (z.B. Wärmebildkameras, GPS oder auch das Internet). Schliesslich verfüge die Schweiz über rechtliche Grundlagen, welche bei einer restriktiven Umsetzung eine Gratwanderung zwischen friedenspolitischen Anliegen auf der einen Seite und sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Anliegen auf der anderen Seite ermöglichen würde.

Knappes Resultat

Die Befürworter zeigten sich überzeugt, dass neue Technologien mehr Arbeitsplätze bringen können als das Festhalten an einer eigenen Rüstungsindustrie. Letztlich brachte die Frage der Ethik bei Rüstungsgeschäften eine Mehrheit (43:37 bei 8 Enthaltungen) dazu, in einer ersten Abstimmung die Initiative zu unterstützen. Die Stimmfreigabe gegenüber dem Ja erfolgte dann knapp mit 43:41 Stimmen.

Thema Finanzkrise

Nebst der Parolenfassung waren die Lehren aus der Finanzkrise ein zentrales Thema der Versammlung. In seinem Gastreferat zeigte sich Finma VR-Vizepräsident Daniel Zuberbühler selbstkritisch. Man hätte in der Vergangenheit Risiken nur auf Grund von rückwärtsgerichteten Daten bewertet und die Eigenkapitalvorschriften seien zu tief angesetzt gewesen. In der Konsequenz fordere die Finma nun höhere Eigenkapitalquoten als antizyklischen Puffer. Das Hauptproblem sei nach wie vor die „too-big-to-fail“-Problematik. Die geschätzten Schäden eines Bankenkollapses betrügen ein Vielfaches des Bruttoinlandproduktes, obwohl viele Risiken im Auslandgeschäft entstünden. Zuberbühler wies auch auf die neu vorgeschlagenen Vergütungssysteme der Finanzindustrie hin, welche die Reduktion falscher Anreize zum Ziel hat. Die Grünliberalen bezeichnete Zuberbühler eingangs als „Stimme der Vernunft“ in der Debatte um die Finanzkrise.

Risikokontrolle hatte versagt

Martin Bäumle meinte in seinem Co-Referat, die Globalisierung habe die nationalen Aufsichten überfordert. Die Risikomenalität der Händler und die falschen Anreize (überhöhte Boni ohne Risikobeteiligungen) hätten dann zur Krise geführt. Das Risikomanagement habe versagt.

Lob für die Nationalbank

„Die Schweiz hat dann aber typisch schweizerisch reagiert: Man hat zwar lange geschlafen, dann aber besonnen und richtig reagiert. Insbesondere der Nationalbank gebührt ein grosses Lob“, sagte Martin Bäumle. Es seien zwar noch „illiquide Papiere“ im Umfang von 25 Mia. bei der Nationalbank, die Zeit diese verlustfrei abzustossen, sei aber noch vorhanden. Auf den 6 Mia. Bundesgeldern sei immerhin ein Gewinn von 30% realisiert worden.

Die Grünliberalen fordern eine Verbesserung der Corporate Governance, ohne Überregulierungen. Zudem müssten verschieden grosse Firmen stufengerecht behandelt werden. Die Grünliberalen sprechen sich gegen Lohnobergrenzen aus, u.a. da diese leicht umgangen werden können. Hingegen befürworten sie die von der Finma vorgeschlagenen Vergütungssysteme mit Bonus-Malus-Komponenten.

Zudem sollen die Vergütungssysteme von den Aktionären festgelegt werden können. Dies sei der liberalste Weg. Die Frage der Systemrisiken und die „too-big-to-fail“-Problematik müssten allerdings noch besser in den Griff gekriegt werden.

Systemrisiko AKW

Martin Bäumle machte auch einen Vergleich mit dem Systemrisiko der Atomkraftwerke. „Ein Super-Gau bei einem atomaren Unglück würde noch viel mehr kosten, nämlich 5000 Mia, aber dort sei man nicht bereit über die Risiken zu sprechen.“ Bäumle verwies auf zwei zu diesem Thema eingereichte Vorstösse im Nationalrat und die ablehnenden Antworten des Bundesrates.